

Frühjahrssession 2018 Sessionsrückblick - 2. Woche



Postautoaffäre

Der Nationalrat ist beunruhigt über Gewinnverschiebungen bei PostAuto und verlangte Auskunft dazu. In der Fragestunde der grossen Kammer konnte Verkehrsministerin Doris Leuthard wegen der laufenden Verfahren indes kaum Antworten geben. Nicht weniger als neun Fragen hatten Ratsmitglieder eingereicht. Im Fokus stand neben der Untersuchung des Vorgefallenen das Engagement von PostAuto Schweiz AG in Frankreich. Ob die Trickserien sich auf das Frankreich-Geschäft ausgewirkt hätten, lasse sich noch nicht sagen, sagte Leuthard.

Berufsweltmeisterschaften „World Skills“ in der Schweiz

Der Nationalrat möchte die Berufsweltmeisterschaft "World Skills" in die Schweiz holen. Er verlangt vom Bundesrat, eine Kandidatur für 2023 zu erarbeiten. Das letzte Wort hat der Ständerat. Mit 175 zu einer Stimme und sechs Enthaltungen sprach sich der Nationalrat für die Motion seiner Bildungscommission aus. Hintergrund ist die einst geplante Bewerbung für die Austragung der World Skills 2021 in Basel. Schliesslich verzichteten die Trägerstiftung, der Bund und der Kanton Basel-Stadt wegen der Kosten darauf. Gegen die Motion stellte sich der Bundesrat. Aus seiner Sicht vermag der Anlass nur begrenzt zur einer nachhaltigen Stärkung des Schweizer Berufsbildungssystems beizutragen. Er führt auch die erheblichen Ausgaben ins Feld.

Überteuerte Zeitschriftenpreise

Der Nationalrat fordert Massnahmen gegen die hohen Preise ausländischer Zeitschriften in der Schweiz. Er will den Bundesrat beauftragen, zusammen mit der Wettbewerbskommission und dem Preisüberwacher eine Lösung zu finden, damit die Preise sinken. Der Nationalrat hat eine Motion seiner Wirtschaftskommission mit 102 zu 82 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Viele Konsumentinnen und Konsumenten ärgerten sich über die hohen Preise, sagte Sprecherin Prisca Birrer-Heimo (SP/LU). Thomas Aeschi (SVP/ZG) kritisierte, die Befürworter forderten eine "effiziente und unbürokratische" Lösung ohne zu wissen, wie diese aussehen könnte. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat.

Anbindeställe

Bauern sollen nicht weniger Strukturhilfe erhalten, wenn sie Kühe in Anbindeställe halten. Der Nationalrat hat einem vom Ständerat abgeänderten Vorstoss von Erich von Siebenthal (SVP/BE) zugestimmt. Heute gibt es für Freilaufställe mehr Subventionen pro Kuh. Zudem wird mehr Strukturhilfe ausgerichtet, wenn der Bau eines solchen Stalls geplant ist. Nach dem Willen des Parlaments sollen die Beiträge nun angepasst werden. Der Bundesrat soll bei den Strukturhilfen dafür sorgen, dass es zu keinen Benachteiligungen von Anbindeställen gegenüber anderen Stallssystemen kommt. Bei den Direktzahlungen soll es keine Änderungen geben. Die Gegner gaben zu bedenken, es entspreche dem Willen der Bevölkerung, besonders tierfreundliche Haltungssysteme zu fördern.

Bundesbeiträge für Universitäten

Der Nationalrat will an den festen Beitragssätzen für Universitäten und Fachhochschulen festhalten. Er hat am Montag eine Motion seiner Finanzkommission mit 92 zu 77 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Diese wollte mit einer Gesetzesänderung erreichen, dass bei der Bildung gespart werden kann. Nun bleibt es bei der geltenden Regelung.



Gemäss dem Hochschulförderungsgesetz muss der Bund ab 2020 einen festen Beitragssatz für die kantonalen Universitäten und die Fachhochschulen tragen. Das Parlament hatte dem 2011 zugestimmt. Die Finanzkommission wollte den Bundesrat beauftragen, im Gesetz eine Kann-Formulierung zu verankern. Damit wollte sie verhindern, dass die stark gebundenen Ausgaben weiter wachsen - jene Ausgaben, die ohne Gesetzesänderungen nicht gekürzt werden können.

Parlament hebt Pflicht zur Unterschrift unter Steuererklärung auf

Das Parlament hebt die Pflicht zur Unterschrift unter die Steuererklärung auf. Der Nationalrat hat am Dienstag eine entsprechende Motion aus dem Ständerat oppositionslos überwiesen. Damit wird es möglich, die Steuererklärung rein elektronisch einzureichen.

In vielen Kantonen ist es heute möglich, die Steuererklärung direkt online zu erstellen oder elektronisch an die Steuerverwaltung zu übermitteln. Zunehmend können auch die Beilagen elektronisch geschickt werden. Die Steuerpflichtigen müssen aber wegen der geltenden Regeln noch ein Formular unterzeichnen. Da sich die elektronische Unterschrift in der Praxis bisher nicht durchgesetzt hat, stört das den einfachen und effizienten Prozess.

Bundespensional

Der Nationalrat verlangt, dass ein automatischer Teuerungsausgleich beim Bundespensional verhindert wird. Er hat mit 102 zu 86 Stimmen einer Motion seiner Finanzkommission zugestimmt. Diese will die Bestimmungen zum Teuerungsausgleich aufheben. Eine Mehrheit war der Ansicht, der gesetzlich verankerte Grundsatz eines angemessenen Teuerungsausgleichs entfalte faktisch einen Automatismus. Kritik äusserte der Bundesrat. Es bestehe gar kein Anspruch auf einen automatischen Teuerungsausgleich, stellte Finanzminister Ueli Maurer im Rat klar. Über die Motion muss noch der Ständerat befinden.

Militärpolizei an die Grenze

Der Nationalrat pocht darauf, dass der Bundesrat das Grenzschutzkorps bei einer starken Zunahme der Migration an der Südgrenze rasch und so lange wie notwendig mit mindestens 50 Angehörigen verstärkt. Er hat eine Motion von Albert Rösti (SVP/BE) mit 102 zu 91 Stimmen gutgeheissen. Finanzminister Ueli Maurer erklärte, die Forderung der Motion sei bereits erfüllt. Im Rahmen der Notfallplanung Asyl habe der Bundesrat ein Massnahmenpaket für diesen Fall beschlossen. Über die Motion befindet sich noch der Ständerat.

Pädophilen-Initiative

Die Räte haben sich auf die Umsetzung der Pädophilen-Initiative geeinigt. Der Nationalrat hat am Mittwoch die letzten Differenzen ausgeräumt. Einschlägig verurteilten Tätern muss das Gericht in Zukunft lebenslang jede Tätigkeit mit Minderjährigen oder besonders schutzbedürftigen Personen verbieten. Die Verhältnismässigkeit wird nicht geprüft. Nur in besonders leichten Fällen kann das Gericht auf die Anordnung eines Tätigkeitsverbots verzichten. Einigkeit herrscht darüber, dass die Jugendliebe unter diese Ausnahmebestimmung fällt. Ob es noch weitere Anwendungsfälle für die Härtefallklausel gibt, werden die Gerichte entscheiden müssen.



Schutz religiöser Gemeinschaften in der Schweiz

Religiöse Gemeinschaften in der Schweiz sollen besser vor terroristischer und extremistischer Gewalt geschützt werden. Das verlangt das Parlament vom Bundesrat. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat einer Motion des Zürcher SP-Ständerats Daniel Jositsch zugestimmt. Mit dieser verlangen die Räte Aufschluss darüber, welche zusätzlichen Massnahmen gegen potenzielle Gewaltakte getroffen werden können. Nach Angaben von Justizministerin Simonetta Sommaruga befasst sich eine Arbeitsgruppe seit 2017 mit dem Anliegen.

Franchisen in der Krankenkasse

Der Nationalrat verlangt eine Erhöhung der Franchisen in der Krankenversicherung. Sowohl die Mindest- als auch die Maximalfranchise sollen steigen. Der Rat hat vier Motionen dazu angenommen, drei der FDP-Fraktion und eine von BDP-Nationalrat Martin Landolt (GL). Höhere Franchisen seien ein Anreiz für Versicherte, sich gesundheits- und kostenbewusster zu verhalten, argumentierten die Motionäre. Gesundheitsminister Alain Berset argumentierte vergeblich, die Aufträge an den Bundesrat seien unnötig. Der Bundesrat hat bereits eine Vernehmlassung durchgeführt zu Gesetzesänderungen. Er will die Franchisen künftig systematisch an die Gesundheitskosten anpassen. Die Vorstösse gehen nun an den Ständerat.

Heiratsstrafe

Verheiratete und Paare in eingetragener Partnerschaft sollen künftig gleich hohe AHV-Renten erhalten wie Unverheiratete. Heute bekommen sie höchstens 150 Prozent der Maximalrente. Der Nationalrat will den Bundesrat beauftragen, die sogenannte Heiratsstrafe bei der AHV zu eliminieren. Mit 102 zu 83 Stimmen bei 2 Enthaltungen hat er eine Motion der CVP-Fraktion angenommen. Darüber muss noch der Ständerat entscheiden. Der Bundesrat stellt sich gegen den Vorstoss. Sollte die Plafonierung der Renten aufgehoben werden, müssten als Ausgleichsmassnahme auch Anpassungen bei den heutigen Begünstigungen für Ehepaare vorgenommen werden, sagte Sozialminister Alain Berset.

Briefliche Stimmabgabe: Übernahme der Portokosten

Die Post soll für Menschen, die brieflich abstimmen und wählen wollen, die Portokosten übernehmen. Der Nationalrat unterstützte eine Motion mit dem Titel "85 Rappen für mehr Demokratie!" der Luzerner SVP-Nationalrätin Yvette Estermann. Die grosse Kammer entschied sich mit 109 zu 73 Stimmen bei 8 Enthaltungen für die Motion. Unterstützung erhielt Estermann neben der SVP auch aus der SP- und der Grünen-Fraktion. Nun ist der Ständerat am Zug. Der Bundesrat sprach sich gegen die Motion aus.

Bern, im März 2018

David Zuberbühler